Zeitschrift: Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl scolastic grischun

Herausgeber: Lehrpersonen Graubünden

Band: 15 (1955-1956)

Heft: 5

Rubrik: Aus dem Leserkreis

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus dem Leserkreis

Wir Bündner Lehrer und der Volksentscheid über das Schicksal der Hovag

Am 13. Mai findet die Volksabstimmung über den Bundesbeschluß betr. Hilfeleistung an die Holzverzuckerungs-AG in Ems statt. Diese Hilfeleistung besteht darin, daß sich die Eidgenossenschaft bereit erklärt, den Emser Werken während der nächsten 5 Jahre 5200 t Alkohol und Treibstoff zum Gestehungspreis abzunehmen, was eine Belastung der Treibstoffeinfuhr um 0.35 Rp. pro Liter zur Folge hat. Die Hovag anderseits garantiert, ihren Betrieb während dieser Zeit noch vollständig auf die Fabrikation anderer Produkte umzustellen und die 1400 Arbeitsplätze beizubehalten. Gegen diesen Bundesbeschluß wurde von den Gegnern der Hovag das Referendum ergriffen.

Anläßlich einer Orientierung über die Situation der Hovag wurde auch ein Vertreter des BLV nach Ems eingeladen. Der Verfasser dieser Zeilen nahm die Einladung an und kam zur Überzeugung, daß es hier nicht nur um Sein oder Nichtsein der Emser Werke geht, sondern daß der Entscheid vom 13. Mai zugleich ein Entscheid über das wirtschaftliche Gedeihen Graubündens in der nächsten Zukunft bedeutet. Diese Schlußfolgerung, zu der jeder aufmerksame Beobachter des wirtschaftlichen Schachspiels gelangt, veranlaßte mich, zum «Emser Problem» auch im Schulblatt Stellung zu nehmen, obwohl wir uns grundsätzlich von der oft unsachlichen Diskussion um politische und wirtschaftliche Fragen distanzieren.

Graubünden steht heute an einem Wendepunkt seiner wirtschaftlichen Entwicklung. In nächster Zeit werden Entscheide getroffen, welche unsere Zukunft weitgehend besiegeln. Daß diese Tatsache von vielen, auch gebildeten Kreisen zu wenig erkannt wird, beruht weitgehend auf dem Umstand, daß wir weder Taktik noch Waffen des modernen Krieges, nämlich des Wirtschaftskrieges zu erkennen vermögen. Bekanntlich wird dieser Krieg nicht auf dem Schlachtfeld und mit den üblichen Waffen entschieden, sondern im Schoße von Verwaltungsratssitzungen und auf Propagandabüros. Die Waffen aber sind Propagandalügen, die mit Hilfe riesiger Geldaufwendungen verbreitet werden, um die Köpfe zu verwirren. Durch das Gezänk in Presse und Flugschriften angewidert, wendet sich der Stimmbürger im entscheidenden Augenblick ab und läßt den Dingen ihren Lauf. Dabei ist er sich nicht bewußt, daß er seiner viel gerühmten Freiheit das Grab schaufelt und er eines Tages vor der Tatsache steht, daß seine Existenz in Frage gestellt ist.

Die aktuellen Probleme um Durchgangsstraßen, Energiewirtschaft, Industrialisierung, Bergbauernhilfe usw. dürfen nicht länger als Tummelplatz einiger sog. «Sachverständiger» betrachtet werden. Es sind vielmehr Fragen, mit denen sich jeder Einzelne auseinandersetzen muß, weil es um das zukünftige Wohl unserer Heimat geht. Zumal der Lehrerschaft, die dank

ihrer Bildung in Stand gesetzt ist, aus dem Wirrwarr der Meinungen und der vielen Privatinteressen die Hauptprobleme herauszuschälen, dürfte zugemutet werden, sich ein Urteil zu bilden und dann ihrer Meinung zum Durchbruch zu verhelfen. Wer sollte in wichtigen Fragen entscheiden, wenn sich selbst die geistige Elite eines Landes nicht mehr darum kümmert; sei es aus Hochmut, aus geistiger Trägheit, aus Mangel an Zivilcourage oder aus staatsbürgerlicher Liederlichkeit? Unter uns gesagt, wir Lehrer sind am Nachlassen der staatsbürgerlichen Interessen im allgemeinen nicht ganz unschuldig.

Und noch ein anderer Gesichtspunkt sei hier erwähnt:

Wir Lehrer haben nicht nur die Aufgabe, die Jugend auf das Leben vorzubereiten, sondern auch die Pflicht, alles daran zu setzen, daß ihre Existenz einmal gesichert ist. Sind wir nicht jedes Jahr darum besorgt, daß jeder austretende Schüler seine passende Lehrstelle findet? Schmerzt es uns nicht, wenn wir zusehen müssen, wie intelligente Knaben später «herabkommen», weil ihnen nicht die Möglichkeit geboten werden konnte, einen ihrem Können angemessenen Beruf zu erlernen? Ebenso sehen wir mit Besorgnis, wie viele intelligente junge Leute aus unserem Kanton abwandern, weil wir ihnen nicht die Existenz bieten können, die ihrer auswärts wartet. Auch finden wir später viele unserer Auswanderer unter den Ungelernten, weil sie nicht die Möglichkeit hatten, eine Lehre zu machen. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, welche Folgen eine Krisenzeit für diese Leute und für ihre Heimat hätte.

Unser Ziel muß also auch sein, unseren jungen Leuten Arbeitsplätze im Kanton zu sichern.

Indessen versucht man heute, Graubündens größtes Industrieunternehmen zu zerschmettern. *Aber was bedeuten uns die Emser Werke?* Sie wurden zu Kriegsbeginn erbaut und hatten folgende Aufgaben zu erfüllen:

die Schaffung ganzjähriger Arbeitsplätze für den wirtschaftlich schwachen Kanton Graubünden;

Hilfe an die bündnerische und gesamtschweizerische Wald- und Holzwirtschaft durch die Verwertung von Abfallholz;

Produktion flüssiger Ersatztreibstoffe zur Unterstützung der wirtschaftlichen Landesverteidigung.

Diese Aufgaben wurden restlos erfüllt.

Mit seinen 1400 ganzjährigen Arbeitsplätzen und einer Lohnsumme von 10 Millionen Franken sind die Emser Werke heute der weitaus größte Betrieb in Graubünden.

Die Verarbeitungsmöglichkeit beträgt bis 200 000 Ster Abfallholz jährlich, woraus durch Verzuckerung und Vergärung Aethylalkohol hergestellt wird (40 % der Produktion). Die restlichen 60 % macht das aus Koks und Elektrizität hergestellte Methanol aus. Dieser Teil der Fabrikation wird noch im Laufe dieses Jahres ersetzt durch freitragende Produkte.

Wir wollen auch nicht vergessen, daß sich die Emser Werke bemühen, die noch freien Wasserkräfte unter Beteiligung des Kantons und der Gemeinden für den innerbündnerischen Energiebedarf zu sichern (12 % der Gesamtproduktion; Wallis 60 %!).

Diese Situationsskizze sollte genügen, um meine Behauptung zu begründen, daß das Schicksal der Hovag weitgehend das Schicksal der Bündner Industriewirtschaft bedeutet. Da wir Bündner aber alles Interesse daran haben, den Wohlstand unseres Bergkantons zu fördern, ist uns durch die Unterstützung der Existenz der Emser Werke eine wirksame Möglichkeit geboten.

Wir wollen unseren zukünftigen Generationen ein besseres Erbe hinterlassen, als wir es angetreten haben. Uneinigkeit, Unfähigkeit oder Arglosigkeit der Vorfahren hatten zur Folge, daß unsere Reichtümer von Fremden ausgebeutet werden. Wir wollen den Rest behalten und uns eine bessere Zukunft sichern. G.

Anmerkung der Redaktion:

Obwohl das «Bündner Schulblatt» in politischen Fragen sich nicht einmischt und auch an der ganzen, zum Teil sehr polemischen Diskussion um die Volksabstimmung vom 13. Mai in keiner Weise teilnehmen will, sehen wir uns veranlaßt, die vorstehende Einsendung unsern Lesern vorzulegen. Wir wissen auch, daß manche Konferenz im Laufe der letzten Jahre die Hovag besichtigte und viele Kollegen die Entwicklung unseres bedeutendsten bündnerischen Industriezweiges mit großem Interesse verfolgt haben. Sogar die *«Schweizerische Lehrerzeitung»* widmet der Frage einige Seiten ihrer letzten Nummer und setzt sich ganz entschieden für die Erhaltung der Hovag, d. h. für die Bewilligung des Überbrückungskredites ein. Der redaktionellen Anmerkung entnehmen wir folgenden Abschnitt:

«Im gegebenen Falle geht es darum, einem abgelegenen notleidenden Kanton die einzige einheimische Großindustrie zu erhalten. Konkret: Der Holzverzuckerungs AG. in Ems soll gemäß Bundesbeschluß vom 30. September 1955 — der angefochten ist und der Volksabstimmung am 13. Mai unterworfen wird — im Jahre 1956 5400 Tonnen Alkohol und dann bis 1960 noch jährlich 5200 Tonnen desselben Stoffes durch den Bund *zu den Gestehungskosten* abgenommen werden. Nach Ablauf der 5 Jahre verzichtet die Unternehmung darauf, weitere Hilfsgesuche zu stellen . . .

Selbstverständlich geht es hier nicht um die Hovag als Unternehmen. Ein solches ist notwendigerweise auf utilitaristische Zwecke und Interessen eingestellt. Aber es geht darum, zu befürworten, daß man den abgefahrensten, den verkehrspolitisch am schlechtesten behandelten Kanton der Schweiz wirtschaftlich unterstütze, damit die Abwanderung einschränke und die Existenzmöglichkeiten vermehre und verbessere. Wie das Unternehmen heißt, ist gleichgültig. Aber es ist abzulehnen, gegen ein ganz unverbindliches, sehr verklausuliert abgegebenes Versprechen, das unbestimmte Jahre zur Verwirklichung braucht, eine funktionierende Arbeitsstätte, die einen vorhandenen Rohstoff verwertet, eingehen zu lassen . . .

Graubünden hat ein sehr altes Recht auf eine *verkehrspolitische* Bundeshilfe. Nur mit 19 Kilometern berührt die Bundesbahn den Kanton, von der Ragazer Rheinbrücke bis Chur, und der ‚Bund' war seinerzeit nicht großzügig dabei, als es darauf angekommen wäre, die Rhätische Bahn zum vorneherein auf Normalspur einzustellen. Es besteht daher ein altes Versprechen, einen *Ostalpendurchstich* zu erstellen, die sogenannte Promesse Comtesse des Bundesrates. Wenn ein solcher heute auch *nicht* mehr unbedingt in Frage kommt, so sollte wenigstens eine Ostalpenstrecke dem Straßenverkehr eröffnet werden. Es kann dies durch den projektierten Autotunnel durch den St. Bernhard geschehen. Große Gebiete des Kantons würde er wirtschaftlich erschließen helfen. Es wird aber lange gehen, bis ein solcher Plan verwirklicht wird. Bis dahin bedeutet es eine relativ bescheidene Abschlagsleistung, daß eine Industrie, die seinerzeit im öffentlichen schweizerischen Interesse kategorisch gefordert wurde, erhalten bleibt . . .

Im gegebenen Falle geht es um ein Werk, das unter den gegebenen Umständen und Bedingungen eine begrenzte Zeit zu stützen eine schweizerische Verpflichtung bedeutet, die erfüllt werden kann, ohne daß irgendwelche gerechtfertigte Interessen nationaler Art von Belang irgendwo berührt werden. Sn.»